



Medienmitteilung

Zürich, 11. April 2024

Beschlüsse der Kommissionen

KPB: Genehmigung der Abrechnung der Kantonsschule Büelrain

Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Abrechnung des Objektkredites für den Ersatzneubau der Kantonsschule Büelrain zu genehmigen ([5203](#)). Dieser wurde um gut 14 Millionen Franken unterschritten, der rund 45 Millionen teure Neubau kostete damit weniger als geplant. Die Unterschreitung des Kredites wird mit weniger kostenintensiven Abbrüchen und Schadstoffsanierungen, Vergabeerfolgen, tieferen Honoraren sowie Bewahrung der Reserven begründet. Die KPB diskutierte aufgrund dessen die Kontrollmechanismen bei Bauprojekten und kam zum Schluss, dass die Baudirektion mit der Fachstelle Baukostenmanagement sowie übergeordneten Projektausschüssen sinnvolle Kontrollmechanismen hat, die laufend verbessert und verfeinert werden. Zudem wurde zusammen mit anderen Kantonen und Städten eine Baukostendatenbank veröffentlicht, welche die Vergleichbarkeit von Kennwerten und die Datenqualität bei öffentlichen Bauten deutlich verbessert.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

KSSG: Ersatzwahl Mitglied Spitalrat Psychiatrische Universitätsklinik Zürich

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Ersatzwahl von Susanne Vanini als Mitglied des Spitalrates der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich (PUK) auf den 1. Juni 2024 zu genehmigen ([5946](#)). Die Ersatzwahl für den Rest der Amtsdauer 2023–2027 wird nötig, weil Guido Speck vorzeitig aus dem Spitalrat der PUK zurücktritt.

KSSG-Präsident: Andreas Daurù (SP, Winterthur), 079 360 48 64

KJS: Postulat zu «Forensic Nurses» soll abgeschrieben werden

Die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS) beantragt einstimmig, das Postulat der SVP betreffend «Weniger Druck auf das Opfer dank des Berner Modells» als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 324/2021](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat aufgefordert zu prüfen, ob bei der Versorgung von Opfern sexueller oder häuslicher Gewalt, in Anlehnung an das sogenannte «Berner Modell», ein konsiliarischer Beizug des Instituts für Rechtsmedizin der Universität Zürich (IRM-UZH) eingeführt werden kann. In seiner Postulatsantwort führt der Regierungsrat aus, dass mit der Nutzung der forensischen Kompetenzen am IRM-UZH ein «Aufsuchender Dienst Forensic Nurses» aufgebaut werden soll. Dieser soll rund um die Uhr erreichbar und ausrückbereit sein und von den Spitälern beigezogen werden können, selbst wenn ein Opfer den Beizug der Polizei nicht wünscht. Damit soll der Spurenschutz unabhängig von einem Beizug gesichert und das Opfer vom Druck einer sofortigen Entscheidung bzgl. einer Anzeige gegen die Täterschaft entlastet werden. Der geplante Dienst soll als Pilotprojekt ab dem zweiten Quartal 2024 bis Ende 2026 angeboten werden.

KJS-Präsident: Daniel Wäfler, SVP, Gossau, 079 678 34 60